



2008/33 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2008/33/am-liebsten-keine-kohle>

Britische Klimaschützer protestieren gegen die Nutzung von Kohle

Am liebsten keine Kohle

Von **Fabian Frenzel**

Britische Klimaschützer protestierten im 3. Camp for Climate Action gegen die Energiepolitik der Regierung, die immer mehr auf Kohle zur Stromerzeugung setzt. Das Zelten für die Klimarettung geht diese Woche in Hamburg weiter.

Mit Aktionen und Demonstrationen, bei denen es zu 90 Festnahmen kam, haben rund 1 500 britische Klimaschützer beim Camp for Climate Action in der vergangenen Woche gegen die Nutzung von Kohle zur Stromerzeugung protestiert. Schwerpunkt des dritten britischen Klimacamps war dieses Jahr das Kraftwerk Kingsnorth in der Grafschaft Kent. Zwar gelang es den Protestierenden nicht, das Kraftwerk zum temporären Abschalten zu zwingen, wie sie angekündigt hatten. Doch wie schon in den vergangenen Jahren thematisierten sie eine zentrale Frage der britischen Klimapolitik.

Die 40 Jahre alte Anlage in Kingsnorth soll nach dem Willen des Eigentümers Eon durch ein neues Kohlekraftwerk ersetzt werden. Nachdem lokale Behörden den Neubau bereits genehmigt haben, liegt die Entscheidung nun bei der britischen Regierung. Es wäre der erste Neubau eines Kohlekraftwerks in Großbritannien seit 30 Jahren. Kingsnorth spielt eine wichtige Rolle in der britischen Energie- und Klimapolitik. An einem Punkt sind Kritiker wie Befürworter einig: Der Ausbau der Anlage bedeutet für sie die Entstehung einer neuen Generation von Kohlekraftwerken.

Kohle erlebt derzeit eine Renaissance, nicht nur in Großbritannien. Der Energiekonzern Eon allein plant die Errichtung von neuen Kraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 10 000 Megawatt in sechs europäischen Ländern. Weltweit werden derzeit rund 100 Kohlekraftwerke gebaut, die Hälfte davon in China. Auch Deutschland hat nach dem Beschluss zum Atomausstieg auf Kohle gesetzt, zehn Kraftwerke sind hier in Planung. Verantwortlich für die neue Popularität der Kohle sind die schwindenden Reserven und anhaltend hohen Preise für die anderen fossilen Energieträger Öl und Gas sowie im Westen auch versorgungspolitische Erwägungen. Kohle kommt heute hauptsächlich aus politisch relativ stabilen Ländern wie den USA, Australien oder Südafrika. Wie Deutschland verfügt auch Großbritannien darüber hinaus über umfangreiche eigene Reserven. Aus Sicht der Klimaschützer muss diese Entwicklung bekämpft werden. Die Verbrennung

von Kohle, argumentieren sie, produziere mehr CO₂ als jeder andere fossile Brennstoff. Die weltweiten Klimaschutzziele, darin seien sich die Experten einig, seien bei einer wachsenden Zahl von Kohlekraftwerken nicht einzuhalten.

Die britische Regierung, die sich gesetzlich auf eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 60 Prozent bis 2050 verpflichtet hat, entwickelt im Einklang mit der EU Technologien zur Abscheidung von Kohlendioxid. Diese sollen in der Lage sein, 90 Prozent des CO₂ aus den Abgasen zu filtern. Das Problem ist, dass diese Technologien bisher nicht viel mehr als Theorien sind. Der britische Energieminister Malcom Wicks argumentiert, es sei gerade deswegen wichtig, Kingsnorth als eine der ersten Testanlagen für die Abscheidung von CO₂ zu bauen. Die EU plant derzeit insgesamt zwölf solcher Testanlagen für »saubere Kohle«.

»Sollten wir jetzt auf neue Kohlekraftwerke verzichten, befänden wir uns in der ungünstigen Situation, nicht in der Lage zu sein, diese Technologie selber zu entwickeln. Darum brauchen wir einige neue Kraftwerke«, wurde Wicks neulich von der Tageszeitung Guardian zitiert.

Die politische Frage, die sich derzeit zuspitzt, lautet, ob Eon durch die Betriebsgenehmigung gezwungen werden soll, bis zu einem festgelegten Datum die CO₂-Abscheidung zu entwickeln und vollständig verwendbar zu machen. Ein ähnliches Modell wird derzeit bei Kraftwerksgenehmigungen in Kalifornien eingesetzt und wird in Großbritannien vom Umweltausschuss des Parlaments, von den oppositionellen Konservativen und Liberaldemokraten unterstützt, aber auch von renommierten Experten der Royal Society. Wicks allerdings lehnt es im Einklang mit der Regierung ab. Ihm zufolge ist davon auszugehen, dass Eon mit einer solchen Vorgabe auf Kingsnorth ganz verzichten würde.

Wegen solcher Aussagen halten die Protestierenden die Technologien zur Kohleabscheidung für Stoff für Science Fiction. Sie werfen der britischen Regierung vor, das Profitinteresse der Energiekonzerne klimapolitisch schönzureden. Caroline Lucas, eine Europa-Parlamentarierin der britischen Grünen, forderte während der Proteste eine Änderung in der Energiepolitik. Neben der Förderung erneuerbarer Energien plädierte sie vor allem für eine Dezentralisierung der Energieversorgung. Sie forderte einen Verzicht auf neue Kohlekraftwerke in ganz Europa. »Leave it in the ground«, hatten auch die 25 Klimaschützer gefordert, die im Juni einen Kohlezug auf dem Weg in ein Kraftwerk in Nordengland besetzt und mit seiner Entladung begonnen hatten. Die Proteste der britischen Klimaschützer hatten nicht nur die Kohlenutzung zum Ziel. Auch gegen Bio-Kraftstoffe hatten sie etwas zu sagen. Inhaltlich bot das Camp in Kingsnorth apokalyptische Predigten und nüchterne Expertendiskussionen, naive Widerstandsromantik und intelligente Strategiedebatten. In über 200 Diskussionen und Workshops erörterten die Teilnehmer die politischen Komplexitäten der Klimapolitik. Die Tatsache, dass es dieses Jahr hauptsächlich um Kohle ging, hatte auch Veteranen des Bergarbeiterstreiks auf den Plan gerufen. In den achtziger Jahren hatten Kohlearbeiter im miners' strike gegen Margaret Thatchers Politik protestiert, den Kohleabbau in England zu beenden. Weltmarktkohle war damals billiger als die englische. Das politisch und polizeilich erzwungene Ende der Kohleproduktion kam damals einer Kulturrevolution im englischen Norden gleich. In den englischen Kohleregionen hatte sich um den Abbau des Brennstoffs über ein Jahrhundert proletarische Kultur entwickelt. Lange haben sich viele

der betroffenen Regionen von dem Strukturwandel ökonomisch nicht erholt. Wegen der Härte der Auseinandersetzung ist der miners' strike bis heute ein wichtiges Widerstandssymbol für die britische Linke.

Bewusst hatten die Klimaschützer daher das Gespräch mit Arthur Scargill, einer der herausragenden Persönlichkeiten der damaligen Bewegung, gesucht. Auf dem Camp unterstützte Scargill eine staatlich kontrollierte Energieversorgung auf der Basis von heimischer, »sauberer« Kohle. Er kritisierte die Kohlegegner dafür, stillschweigend die Argumente der Atomlobby zu fördern. Die Regierung plant seit einigen Jahren, eine neue Generation von Atomkraftwerken zu bauen. Der französische Energiekonzern EDF scheiterte kürzlich mit seinem von der britischen Regierung unterstützten Versuch, den ehemals staatlichen Atombetreiber British Energy zu kaufen. Dies sollte der Beginn eines umfangreichen Neubauprogramms sein. Doch mit dem Scheitern der Übernahme ist der Neubau von Atommeilern nur aufgeschoben. Die EDF hat bereits Land in der Nähe bestehender Reaktoren gekauft, und auch die britische Regierung hält an ihrem Bekenntnis zur Atomenergie fest.

Mit der Rettung des Klimas beschäftigen sich nicht nur die Briten. Diese Woche geht es weiter in Deutschland. Das erste deutsche Klimacamp findet vom 15. bis 24. August in Hamburg statt.